



Jugendsession 2018

08. – 11. November 2018

> Dossier

Terrorbekämpfung in der Schweiz

Autorin: Melanie Ammeter

Inhaltsverzeichnis

Um was geht es?	3
Gesetzliche Grundlagen	5
Politische Vorstösse	9
Interessante Links	9
Quellenverzeichnis	10
Abbildungsverzeichnis	12

Um was geht es?

Ab dem Jahr 2011 haben sich in westeuropäischen Ländern sowie in den USA terroristische, teils tödliche Anschläge vermehrt. Als Reaktion darauf wurden nicht nur in den Ländern mit den verübten Gewalttaten, sondern auch in den benachbarten Ländern eine Reihe von Massnahmen und Gesetzespakete aufgelegt, um auf die Terrorgefahr mit präventiven und repressiven Mitteln zu reagieren.

Die Reaktion zeigt sich auch im Alltag: In der Schweiz wurden die Sicherheitsmassnahmen für die Bevölkerung zum Beispiel an Grossanlässen wie Weihnachtsmärkten oder Sportspielen veranlasst. So hat die bspw. Stadt Bern beim letztjährigen „Zibelemärit“ Betonblöcke zur Sperrung von Strassen verwendet, wie auch eine höhere Polizeipräsenz gezeigt.

Die weniger sichtbaren Massnahmen geschehen auf Bundesebene. Dort versuchen die PolitikerInnen unter anderem mit neuen Gesetzerlassungen die Sicherheit zu gewährleisten. Die Herausforderung besteht darin, bei der Gewährleistung von mehr Sicherheit die Menschenrechte nicht zu verletzen oder einzuschränken. Diese Diskrepanz wird in anderen europäischen Ländern immer wieder bemängelt (20min, 2017).

Terrorsituation im Ausland

In der heutigen Zeit wird wieder viel über Terrorismus berichtet. Nicht ganz unschuldig ist daran der ISIS (Islamischer Staat Irak Syrien) oder auch IS genannt. Mit diversen Anschlägen im Nahen Osten und in Westeuropa wurde die Weltbevölkerung auf die Extremistengruppe aufmerksam. Ein Datum, das vielen in Erinnerung bleibt, sind die Anschläge vom 13. November 2015 in Paris. Dort hatte der IS innerhalb ein paar Stunden an fünf verschiedenen Orten, wie im Stade de France oder dem Nachtclub Bataclan, Sprengstoff gezündet oder mit Maschinengewehren das Feuer auf die zivile Bevölkerung eröffnet. Insgesamt sind in dieser Nacht 130 Menschen getötet und mehr als 350 Personen verletzt worden (Le Monde 2015).

Der islamistisch motivierte Terror beherrscht seit dem 11. September 2001 die Schlagzeilen des Westens. Das bedeutet aber längst nicht, dass die Terrorsituation weltweit – und erst recht im Westen – nur oder mehrheitlich religiös motiviert ist. Beispielsweise wurden seit 2007 in der USA „nur“ 26% der ideologisch motivierten Mordfälle aus islamistischen Überzeugungen ausgeübt, während 71% davon aus rechtsextremen bzw. white supremacy¹-Motiven stammten (Panorama 2018).

Darüber hinaus sind, wie die unterstehende Grafik zeigt, Europa und Nordamerika im globalen Vergleich nur extrem gering vom Terrorphänomen betroffen. Die überwiegende Mehrheit der Terroranschläge zwischen 2002 und 2016 fanden im Nahen Osten und Nordafrika (Region MENA) sowie Südasien statt. Das zeigte sich auch bezüglich der Zahl der Todesopfer: In der 15-jährigen Zeitspanne kamen in diesen Regionen rund 136'761 Menschen aufgrund von Terroranschlägen ums Leben, bei einem Total von 186'110 sind dies 73% der weltweiten Opfer von Terroranschlägen (Global Terrorism Index 2017).

¹ „Überlegenheit der Weißen“; als white supremacy werden im englischsprachigen Raum rassistische Ideologien bezeichnet

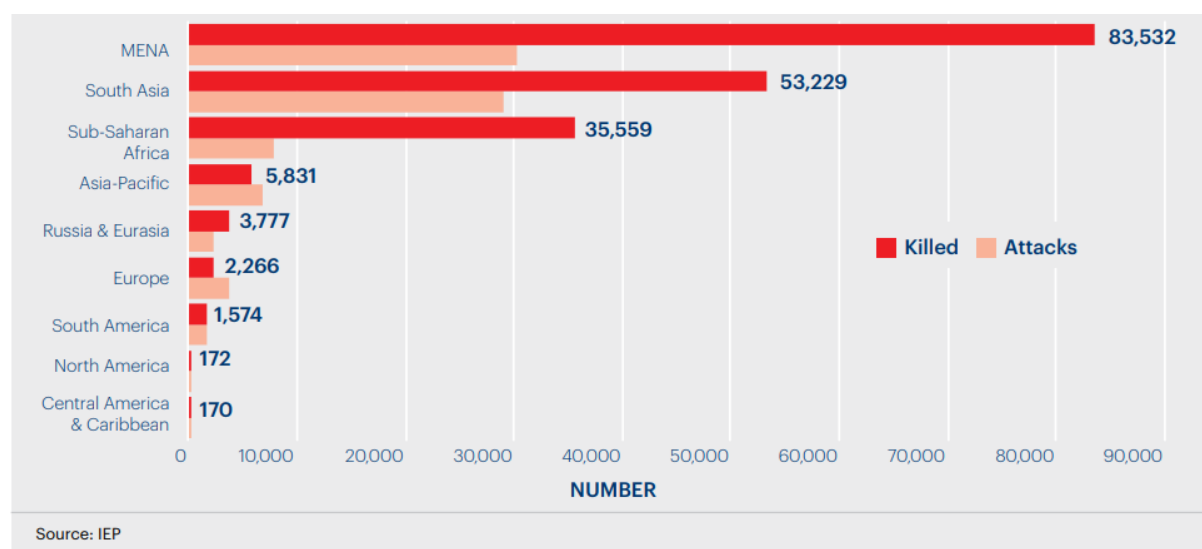


Abbildung 1: Häufigkeit Terroranschläge und Todesopfer, makroregional gruppiert

Terrorgefahr in der Schweiz

Der bislang grösste Terroranschlag in der Schweiz wurde am 21. Februar 1970 verübt. Bei einem Bombenattentat auf eine Swissair-Maschine beim aargauischen Würenlingen starben 47 Menschen. Die Hintergründe dieses Attentats sind jedoch immer noch ungeklärt (Aargauer Zeitung 2016). Indirektes Ziel wurde die Schweiz 1997. Damals wurden bei einem Attentat in Luxor (Ägypten) 58 Touristen getötet, darunter 36 Schweizer. Die der Gama-a al Islamya angehörenden Attentäter wollten damit das westliche Lebensbild angreifen (Historisches Lexikon der Schweiz 2015).

Die Schweiz wurde zwar in der Vergangenheit bereits Opfer von Terroranschlägen. Vom dschihadistischen Terrorismus blieb die Schweiz – im Vergleich zu anderen europäischen Ländern – hingegen lange verschont (Vidino 2013). Erst seit 2013 hat sich die Lage in der Schweiz durch den IS verändert. Ende 2016 wurden insgesamt 480 Personen überprüft, bei 70 Fällen wurde ermittelt und bei 60 Personen wurde ein Strafverfahren durch die Bundesanwaltschaft eingeleitet.

Die Schweiz wird vom IS zwar ebenfalls als ein legitimes Ziel betrachtet, die Terrorgefahr ist aber weniger akut. Da sich die Schweiz – im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern – nicht an Militäroperationen gegen den IS beteiligt, stehen wir auch nicht ganz oben auf der Liste ihrer Länderauswahl (Sicherheits-politik-blog, 2016).

Schweizer BürgerInnen empfinden trotzdem – und so ebenfalls der langjährige Trend – keine verschärfte Bedrohung ihrer Sicherheit, und zwar auch nicht im öffentlichen Raum (Tresch/Wenger 2018).

Dschihad Reisende/RückkehrerInnen

Nach der Erhebung im Mai 2018 sind insgesamt 93 Menschen aus der Schweiz aus dschihadistischen Gründen in Krisengebiete gereist. 74 Fälle sind bestätigt, 19 unbestätigt. Wie man der untenstehenden Abbildung entnehmen kann, sind die meisten in das Gebiet Syrien/Irak gereist (Admin 2018). Diese Zahlen mögen nicht sonderlich hoch klingen, werden diese jedoch prozentual auf die Einwohnerzahl herunter gerechnet, sind sie in etwa gleich hoch wie jene in Frankreich oder Deutschland.

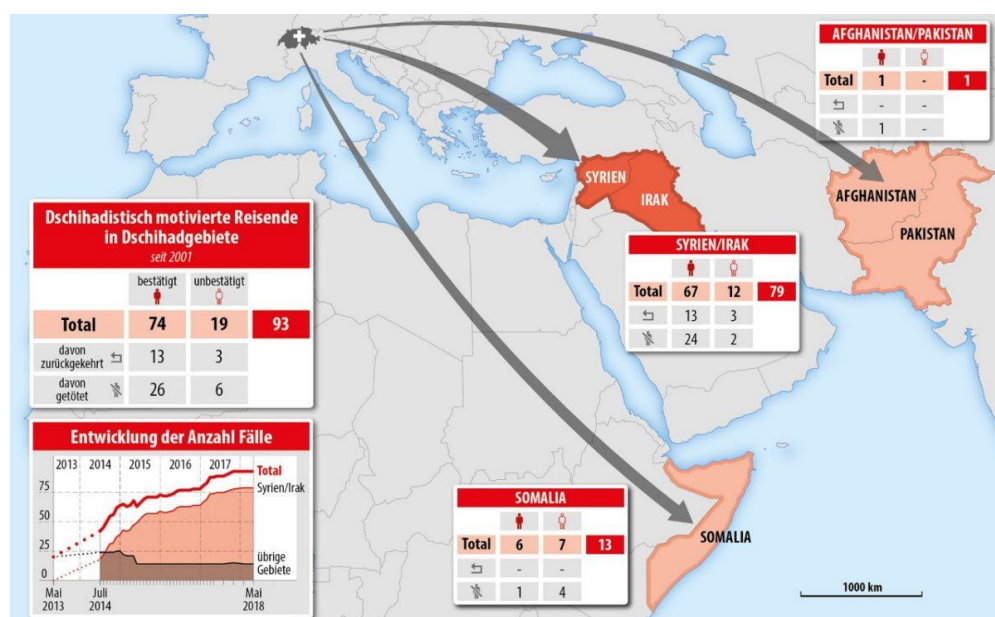


Abbildung 2: Erhebung der Dschihadreisen Mai 2018

Das Ziel vieler westlicher Staaten ist es, eine schnelle und effektive Ermittlung vorzunehmen, damit die in ihren Heimatstaat zurückkehrenden Dschihadreisenden strafrechtlich verfolgt werden können. Auch in der Schweiz werden Geldstrafen und/oder Haftstrafen von bis zu fünf Jahren Freiheitsentzug verhängt, dabei bestehen jedoch weitgehende verfahrensrechtliche (insbesondere in Bezug auf die Beweislast) Schwierigkeiten.

Lowtech-Terror

«Lowtech»-Terror bezeichnet das Phänomen, dass Attentäter immer häufiger nicht auf Feuerwaffen und Sprengstoff setzen, sondern mit Alltagsgegenständen wie Messern oder Fahrzeugen Anschläge im öffentlichen Raum verüben (NZZ 2017). Das schwierige an diesem Phänomen ist, dass potentielle Terroristen, fast ohne Planung und wenigen Mitteln an einem beliebigen Ort und Zeitpunkt zuschlagen können. Zudem sind sie oftmals gewillt, für ihre Überzeugung zu sterben, wie zum Beispiel beim Angriff in Nizza am 14. Juli 2016.

Terrororganisationen wie die IS setzen vermehrt (spätestens seit ihren territorialen Verlusten) auf dieses Prinzip. Sie betreiben im Netz Propaganda und unterstützen die Täter, wenn nötig, mit Mitteln. Dies lässt darauf schliessen, dass sich auch nach dem Zusammenbruch des Kalifats die Terrorsituation in Europa nicht entschärfen wird. Aus diesem Grund investiert der Bund vor allem in die Prävention. Für die Umsetzung wurde ein interkantonales Netzwerk mit dem Bund eingerichtet, was den Informations- und Erfahrungsaustausch fördern soll (Fedpol 2018).

Gesetzliche Grundlagen

Im Schweizerischen Strafgesetzbuch (StGB) stehen einige Artikel, die die juristische Situation von Terroraktivitäten klären. Sie sind allgemein gehalten, wurden jedoch teilweise unter dem Druck aktueller Ereignisse erlassen.

Artikel 260ter, (Absatz 1-2) klärt, dass bei einer Beteiligung oder Unterstützung einer kriminellen Organisation eine Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder einer Geldstrafe verhängt werden kann.

Der zweite Artikel (Art. 260quinquies, Abs. 1-4 StGB) regelt die Bestrafung bei Finanzierung des Terrorismus und deren Handhabe in Bezug auf die Menschenrechte sowie das Völkerrecht.

Ein weiterer Artikel (Art. 260^{sexies}) ist in der parlamentarischen Beratung, welche im September 2018 abgeschlossen sein sollte. In diesem wird die Anwerbung, Ausbildung und Reise mit dem Ziel, terroristische Straftaten zu begehen, geregelt. In derselben Beratung sollen im Art. 260^{ter} auch die terroristischen Organisationen ausdrücklich erwähnt werden.

Befugnisse

Bundesebene

Der Bund kann vor allem Gesetze erlassen und via Bundesanwaltschaft Straftäter verurteilen. Bei einer polizeilichen Operation kann das Bundesamt für Polizei die jeweilige Kantonspolizei unterstützen jedoch Operationen nicht selbst durchführen. Weiter unterstützt der Bund via dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA auch die internationale Zusammenarbeit und Hilfswerke. Beispielsweise fördern sie in diversen Asylzentren oder in armen Gebieten eine Ausbildung für Jugendliche, damit diese eine Perspektive ausserhalb jeglicher Kriminalität haben (Dossier Dr. Jenny, EDA 2018). Darüber hinaus ist der Nachrichtendienst des Bundes im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgabe zur Prävention tätig.

Kantonale Ebene

Auf der kantonalen Ebene wird alles Praktische ausgeführt. Die verschiedenen Projekte zur Aufklärung (welche Verhaltensmuster sind typisch, wie soll reagiert werden, wo kann man sich melden), die Wiedereingliederung, wie auch die Untersuchungen bei Verdachtsfällen. Zudem werden Projekte intern verschiedener Abteilungen getestet, um herauszufinden, ob die entwickelten Programme alltagstauglich sind. Eins dieser Programme ist das DyRiAS (Dynamische Risiko Analyse System). Dieses hilft der Polizei, das Risiko einer bestehenden Tat einzuschätzen. Es ist jedoch wichtig, sich nicht 100 Prozent auf dieses System zu verlassen und es lediglich als Hilfe beizuziehen (SRF 2018).

Terrorbekämpfung: Überblick über die Gesamtstrategie des Bundes

Nach wiederholten Anschlägen in westeuropäischen Ländern gleiste der Bund verschiedene Massnahmen und Gesetzesartikel auf, um eine Strategie zur Terrorbekämpfung aufzustellen. 2015 veröffentlichte der Bund bereits einen Kurzbericht über die Strategie der Schweiz zur Terrorismusbekämpfung. In diesem betonte er die wichtige Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Partnern (Admin 2018). Das allgemeine Ziel der Schweiz sei in erster Linie, ihre BürgerInnen und den Rechtsstaat zu schützen (Fedpol 2018).

In der Absicht, die Terrorgefahr einzudämmen und den Behörden geeignete Instrumente zu geben, wurden verschiedene Massnahmen getroffen. Darunter zählen beispielsweise das neue Nachrichtendienstgesetz (NDG), die Revision des Bundesgesetzes betreffend der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs und das noch nicht verabschiedete, jedoch stark umstrittene Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) (Humansrights 2018).



Abbildung 3: NAP: Nationaler Aktionsplan zur Verhinderung & Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus; PMT, Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus; StGB: Schweizerisches Strafgesetzbuch

Das Nachrichtendienstgesetz

Per 1. September 2017 hat der Nachrichtendienst der Schweiz mehr Mittel zur Verfügung, um durch Früherkennung von äusserer und innerer Bedrohung dem Terrorismus entgegenzuwirken. Im gleichen Schritt wurden zudem neue Stellen geschaffen (Admin 2017).

Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus

Der Bundesrat hat eine Vernehmlassung erarbeitet, bei der die Polizei besser gegen sogenannte GefährderInnen vorgehen kann. Diese Massnahmen können von einer simplen Meldung bei einer kantonalen Stelle über Ein- oder Ausreiseverbot bis zum Hausarrest gehen. GefährderInnen sind Leute, bei denen (noch) kein Strafverfahren eingeleitet wurde, man aber von einer potentiellen Bedrohung für ein Land ausgeht (SRF 2018).

Task Force TETRA

In der Arbeitsgruppe Task Force TETRA (Terrorist Tracking), unter der Leitung des Bundesamtes für Polizei Fedpol, ist der Nachrichtendienst des Bundes, die Bundesanwaltschaft, das EDA, die Grenzwachtkorps, das Staatssekretariat für Migration, das Bundesamts für Justiz sowie die Konferenz der Kantonalen PolizeikommandantInnen der Schweiz vertreten. Bereits im Februar und Oktober 2015 und im April 2017 wurde jeweils ein Bericht veröffentlicht. Gemeinsam legten sie vier Schwerpunkte fest: Prävention, Repression, Schutz und Krisenvorsorge. Die drei ersten Punkte sollen der Verhinderung von Anschlägen dienen. Ein wichtiges Anliegen war die Balance zwischen Schutz und Freiheit zu finden und die international geltenden Menschenrechte zu achten. Die meisten Massnahmen wurden oder werden demnächst umgesetzt. Im Herbst 2018 wird der zweite Bericht öffentlich vorgestellt (Admin 2016).

Nationaler Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus

In Zusammenarbeit mit Kantonen, Gemeinden und Städten wie auch diversen Stellen (z.B. der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB und den Sozialämtern) wurde eine Arbeitsgruppe gegründet. Im Dezember 2017 wurde gemeinsam der erste Nationale Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus NAP herausgebracht. In diesem erarbeitete die Arbeitsgruppe 26 Massnahmen, die in 5 Teile ge-

gliedert werden: 1) Wissen und Expertise, 2) Zusammenarbeit und Koordination, 3) Verhinderung von extremistischem Gedankengut und Gruppierungen, 4) Ausstieg und Reintegration und 5) Internationale Zusammenarbeit (NAP, 2017).

Auswirkungen auf die Menschenrechte

Viele Menschenrechtsorganisationen beobachten die Entwicklung im Westen kritisch. Auch in der Schweiz ist bei Kritikern die Angst von einer einschleichenden Umgehung der Unschuldsvermutung vorhanden. Die Unschuldsvermutung ist essentiell, damit ein/e BürgerIn nicht der staatlichen und juristischen Willkür ausgeliefert ist. Das ist in anderen Ländern wie z.B. in Frankreich bereits bedingt passiert. So wurde nach den Terroranschlägen der Notstand ausgerufen, welcher mittlerweile zum Alltag geworden ist (Humanrights 2018).

Die Massnahmen, welche vor allem kritisch betrachtet werden, sind die Massnahmen bezüglich der Überwachung und der Sicherheits- und Präventivhaft.

Überwachung

Juristische Instrumente, um einen Beschuldigten bzw. eine Verdächtige im Rahmen eines Strafverfahrens überwachen zu können, sind zwar in den meisten Rechtsordnungen seit längerer Zeit vorgesehen. Gemäss Kritikern sind seit den Gesetzesanpassungen aber in der Tendenz immer weniger Voraussetzungen nötig, um diese Instrumente zu erhalten. Während vor den Verschärfungen konkrete Anzeichen einer Straftat vorliegen mussten, genügt es jetzt bereits, einer Risikogruppe anzugehören, ohne dass Anzeichen einer strafrechtlich relevanten Tat vorliegen müssen (humanrights.ch).

Ähnliche Gesetzesrevisionen wurden im neuen Nachrichtendienstgesetz (NDG) verabschiedet: Darunter zählen in erster Linie die Lockerung der Voraussetzungen zur Überwachung und die Einführung weiterer Überwachungsinstrumente (z.B. Abhören von Telefongesprächen, Verwanzen von Privaträume, in Computer oder Smartphone einzudringen und in Kabelverbindungen Daten abzugreifen) (Digitale Gesellschaft 2016).

Sicherheits- und Präventivhaft

Bei der Einführung und Erweiterung der Sicherheits- und Präventivhaft wird – vereinfachend gesagt – unter unterschiedlichen Voraussetzungen ermöglicht, dass jemand lediglich aufgrund einer vermuteten und mutmasslichen ideologischen Ausrichtung eingesperrt werden kann, ohne dass jegliche Anzeichen einer Straftat (oder deren Planung) nachzuweisen sind (Sutter 2018). Diese Instrumente sind in einigen Staaten bereits Realität (siehe Präventivbehaftungen in Guantanamo) und werden aktuell in der Schweiz thematisiert (Sutter 2018).

Solche Verschärfungen werden zum Teil bezüglich ihrer Unvereinbarkeit mit den Menschenrechte als kritisch erachtet (siehe v.a. Art. 13 BV und Art. 5 EMRK). Dies, weil die vorgeschlagenen Massnahmen einen Eingriff in die Grund- und Menschenrechte auf Bewegungsfreiheit, persönliche Freiheit und den Schutz der Privatsphäre darstellen und dementsprechend eine Rechtfertigung (ausreichende gesetzliche Grundlage und Verhältnismässigkeitsprüfung) i.S.v. Art. 36 Abs. 4 BV erforderlich wäre (humanrights.ch). Die Befürworter solcher Massnahmen vertreten dabei die Auffassung, dass es zwar um Eingriffe in den grundrechtlich geschützten Bereich der Persönlichkeit geht, diese jedoch als verhältnismässig zu erachten sind (Sutter 2018).

Politische Vorstösse

Postulat

18.3131: Terrorbarometer

Hierbei wurde von Pacianini Nicolo vom Bundesrat gefordert, einen Terrorbarometer auf seine Nützlichkeit zu prüfen. Dieser sollte auf einer Karte den Risikobereich anzeigen, beispielsweise bei Grossanlässen. Ähnliche Karten werden im Bereich Temperatur und Unwetter bereits veröffentlicht. Die Antwort des Bundesrates verwies darauf, dass die Schweiz am 18. September 2015 in der Strategie zur Terrorismusbekämpfung explizit erwähnte, darauf zu verzichten (Curia Vista 2018).

Jugendsession

2016 wurde ein ähnliches Thema schon einmal behandelt mit der Forderung, dass sich alle Predigerinnen und Prediger einer religiösen Institution in einem nationalen Melderegister eintragen müssen. Die Petition wurde jedoch mit 113 zu 52 Stimmen abgelehnt (Jugendsession Nov. 2016).

Interessante Links

Admin (2018) (abgerufen am 29. August 2018 / <https://www.vbs.admin.ch/de/themen/nachrichtenbeschaffung/dschihadreisende.html>)

Admin (2017) (abgerufen am 30. August 2018 / <https://www.vbs.admin.ch/de/themen/nachrichtenbeschaffung/nachrichtendienstgesetz.html>)

Admin Fedpol (2018), (<https://www.fedpol.admin.ch/dam/data/fedpol/publiservice/publikationen/berichte/jabe/jabe-2016-d.pdf>)

UNO (2004) (abgerufen am 29. August 2018/ <http://unscr.com/en/resolutions/1566>)

Quellenverzeichnis

- Admin (2018), <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-58807.html> (abgerufen am 29. August 2018)
- Admin, (2018) <https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/ind2017.html> (abgerufen am 29. August 2018)
- Admin (2018) <https://www.vbs.admin.ch/de/themen/nachrichtenbeschaffung/dschihadreisende.html>, (abgerufen am 29. August 2018)
- Admin (2017), <https://www.vbs.admin.ch/de/themen/nachrichtenbeschaffung/nachrichtendienstgesetz.html> (abgerufen am 30. August 2018)
- Admin Fedpol (2018), (<https://www.fedpol.admin.ch/dam/data/fedpol/publiservice/publikationen/berichte/jabe/jabe-2016-d.pdf>) (abgerufen am 29. August 2018)
- Admin(2018),<https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19370083/index.html#a260quinquies> (abgerufen am 29. August 2018)
- Admin (2017), <https://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/aktuell/news/2017/2017-12-04.html> (abgerufen am 29. August 2018)
- Admin (2015), <https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/41022.pdf> (abgerufen am 29. August 2018)
- Aargauer Zeitung (2016), <https://www.aargauerzeitung.ch/aargau/zurzach/flugzeugabsturz-von-wuerenlingen-der-ungesuehnte-terroranschlag-128859489> (abgerufen am 29. August 2018)
- Berner Zeitung (2015), <https://www.bernerzeitung.ch/schweiz/standard/Der-Terrorismus-forderte-in-der-Schweiz-bislang-60-Tote/story/16380003> (abgerufen am 29. August 2018)
- Curia Vista (2018) <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20183131> (abgerufen am 31. August 2018)
- Curia Vista (2017), <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20173154> (abgerufen am 1. September 2018)
- Curia Vista (2018), <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20183365> (abgerufen am 1. September 2018)
- Curia Vista (2017), <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20173309> (abgerufen am 1. September 2018)
- CSS (2013), http://www.css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/CH_radicalization_report.pdf (abgerufen am 20. Sept 2018)
- Der Spiegel (2016), <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/muenchen-was-ist-ein-amoklauf-was-ist-terrorismus-a-1104416.html> (abgerufen am 29 August 2018)
- Der Spiegel (2014), <http://www.spiegel.de/einestages/attentat-in-sarajevo-1914-dilettantischer-mord-loeste-weltkrieg-aus-a-976198.html> (abgerufen am 1. September 2018)
- Dossier von Dr. Christian Jenny EDA Bern 2018

- EJPD (2018), Wesentliche Inhalte der fünf Ausführungsverordnungen zum BÜPF
- Frankfurt Allgemeine (2017), <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/schleyer-entfuhrung-1977-ein-herbst-wie-kein-anderer-15182595.html>
- Historisches Lexikon der Schweiz (2012), <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17353.php> (abgerufen am 29. August 2018)
- Humanrights (2018), <https://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-schweiz/inneres/person/sicherheit/terrorismusbekaempfung-menschenrechte-schweiz> (abgerufen am 29. Juli 2018)
- Humanrights (2018), <https://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-schweiz/inneres/person/sicherheit/terrorbekaempfung-gesamtstrategie-schweiz> (abgerufen am 29. Juli 2018)
- Institute for Economics and Peace (2017), Global Terrorism Index 2017, Measuring and understanding the impact of terrorism
- Jugendsession (2016), <http://forderungen.jugendsession.ch/de/demand/283/show> (abgerufen am 29. August 2018)
- Le Monde (2015), https://www.lemonde.fr/societe/article/2015/11/13/fusillade-meurtriere-a-paris_4809485_3224.htmlhttps://www.lemonde.fr/societe/article/2015/11/13/fusillade-meurtriere-a-paris_4809485_3224.html (abgerufen am 19 August 2018)
- Nachrichtendienst des Bundes (2018), <https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/52215.pdf> (abgerufen am 29. Juli 2018)
- Nachrichtendienst des Bundes (2017), <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-66554.html> (abgerufen am 20. Sept 2018)
- Nationaler Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus; 4. Dezember 2017 von Sicherheitsverbund Schweiz
- NZZ (2017), <https://www.nzz.ch/international/die-eu-macht-mobil-gegen-lowtech-terror-id.1322734> (abgerufen am 10.10.2018)
- Panorama (2018), <https://www.panorama.it/news/esteri/il-terrorismo-di-estrema-destra-e-il-vero-pericolo-per-gli-americani/> (abgerufen am 24.09.2018)
- Parlament.ch (2018), <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20183131> (abgerufen am 29. August 2018)
- Sicherheits-politik-blog(2016), <https://www.sicherheitspolitik-blog.de/2016/10/26/switzerlands-response-to-the-new-terrorist-threat/> (abgerufen am 29.August 2018)
- SRF (2018), <https://www.srf.ch/news/schweiz/predictive-policing-polizei-software-verdaechtigt-zwei-von-drei-personen-falsch> (abgerufen am 29. August 2018)
- Sutter, Alex (2018), Ein Land erklimmt den Gipfel der Hysterie. In: Woz 37/2018.
- Swissinfo (2007), <https://www.swissinfo.ch/ger/cia-gefaengnisse--dick-marty-klagt-an/5939338>. (Abgerufen am 27.09.2018)

- Tagesspiegel (2017), <https://www.tagesspiegel.de/politik/entfuehrung-von-hanns-martin-schleyer-was-sagen-die-raf-terroristen-heute/20286450.html> (abgerufen am 29. August 2018)
- Tresch, Tibor Szvircsev; Wenger, Andreas (2018): Sicherheit 2018, Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. <http://www.css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/SS2018.pdf>
- UNO (2004), <http://unscr.com/en/resolutions/1566>, (abgerufen am 29. August 2018)
- WHO (1992), http://apps.who.int/iris/bitstream/handle/10665/37958/9241544228_eng.pdf?sequence=8&ua=1 (abgerufen am 29. August 2018)
- ZHU (2015) <http://www.rwi.uzh.ch/elt-1st-wohlers/strafrechtbt/krimorg/de/html/index.html> (abgerufen am 29. August 2018)
- 20min (2017), <http://www.20min.ch/schweiz/news/story/Weihnachtsmaerkte-ruesten-sich-gegen-den-Terror-26712825> (abgerufen am 29. Juli 2018)
- 20min (2017), <http://www.20min.ch/schweiz/news/story/-Schweiz-darf-Terroristen-keine-Zuflucht-bieten--17255125> (abgerufen am 29. Juli 2018)

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1: Global Terrorism Index 2017, <https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Global%20Terrorism%20Index%202017%20%284%29.pdf> (abgerufen am 3.10.2018)
- Abb. 2: Admin (2018), <https://www.vbs.admin.ch/de/themen/nachrichtenbeschaffung/dschihadreisende.html> (abgerufen am 29. August 2018)
- Abb. 3: Admin (2017), <https://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/aktuell/news/2017/2017-12-080.html> (abgerufen am 30. August 2018)

SAJV | Projektleitung Jugendsession
projektleitung@jugendsession.ch
www.jugendsession.ch



Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände
Conseil Suisse des Activités de Jeunesse
Federazione Svizzera delle Associazioni Giovanili
Federaziun Svizra da las Uniuns da Giuventetgna

Dieses Thema wurde erarbeitet mit der Unterstützung vom Bundesamt für Justiz und dem Center for Security Studies der ETH Zürich.